

Medienmitteilung

Konstante Mehrheit für E-ID – Zustimmung zu Eigenmietwert-Aus schwindet

Zehn Tage vor den Abstimmungen vom 28. September 2025 beträgt die Zustimmung für die kantonalen Liegenschaftssteuern auf Zweitliegenschaften, deren Annahme die Voraussetzung für die Abschaffung des Eigenmietwerts ist, 54 Prozent. Das E-ID-Gesetz kommt auf eine Mehrheit von 55 Prozent.

Zürich, 17. September 2025 – Am 28. September 2025 befindet die Schweizer Stimmbevölkerung über zwei nationale Vorlagen: zum einen über die Einführung von kantonalen Steuern auf Zweitliegenschaften, wo aber die Abschaffung des Eigenmietwerts im Fokus steht, und zum anderen über das E-ID-Gesetz. Gemäss der zweiten Welle der 20 Minuten-/Tamedia-Abstimmungsumfrage, die am 10. und 11. September 2025 online zugänglich war, wird die Abschaffung des Eigenmietwerts immer noch von einer Mehrheit von 54 Prozent der Stimmberechtigten unterstützt (44 Prozent Nein bei 2 Prozent Unentschiedenen). Die Unterstützung ist aber um 11 Prozentpunkte tiefer als in der ersten Umfragewelle sieben Woche vor dem Abstimmungstermin, während das Nein-Lager sogar um 14 Prozentpunkte zulegen konnte. Beim E-ID-Gesetz ist das Stimmungsbild konstanter. Im Vergleich zur ersten Welle hat sich die Zustimmung praktisch nicht verändert. Für das Gesetz sind gemäss der aktuellsten Umfrage 55 Prozent der Stimmberechtigten (bei 43 Prozent Nein und 2 Prozent Unentschiedenen).

Gegner der Abschaffung des Eigenmietwerts legen zu

Die Abschaffung des Eigenmietwerts wird von der Anhängerschaft der SVP, FDP, Mitte sowie der GLP mit grosser Mehrheit unterstützt (mit Ja-Anteilen von 59 Prozent bis 66 Prozent). Die Basis der Grünen und der SP lehnt die Vorlage genau so klar ab (mit 64 Prozent und 62 Prozent Nein). In allen politischen Lagern hat die Zustimmung zur Abschaffung des Eigenmietwerts seit der 1. Umfragewelle deutlich abgenommen, wobei die grösste Verschiebung – hin zu einer deutlichen Ablehnung - im linken Lager zu beobachten ist.

Aufgrund der unterschiedlichen Betroffenheiten spielen Wohnform, Stadt-Land-Graben und der Altersunterschied eine Rolle. Hauseigentümer:innen, die im Eigenheim wohnen, profitieren

von der Abschaffung des Eigenmietwertes (im Gegensatz zu Mieter:innen). Die direkte Betroffenheit zeigt sich daran, dass die Stimmberechtigten, die im Eigenheim leben, die Vorlage deutlich unterstützen (66 Prozent Ja bei 33 Prozent Nein), während sie unter Mietenden keine Mehrheit findet (36 Prozent Ja bei 61 Prozent Nein). Auch in städtischen Gebieten, in denen mehrheitlich Mietende wohnen, wird die Vorlage verworfen (46 Prozent Ja bei 52 Prozent Nein). In den Agglomerationen und in ländlichen Regionen hingegen wird sie unterstützt (56 Prozent und 58 Prozent Ja).

Rösti- und Geschlechtergraben bei der Abschaffung des Eigenmietwertes

Je älter die Stimmberechtigten, desto höher die Zustimmung für die Abschaffung des Eigenmietwertes. Zudem zeigt sich ein deutlicher Unterschied zwischen den Sprachregionen: In der Deutschschweiz stösst die Vorlage auf breite Zustimmung (60 Prozent Ja bei 39 Prozent Nein). Auch in der italienischsprachigen Schweiz findet sie eine Mehrheit, wenn auch nur knapp (52 Prozent Ja bei 46 Prozent Nein). Ganz anders in der Westschweiz: Dort lehnt eine deutliche Mehrheit die Vorlage ab (63 Prozent Nein bei 34 Prozent Ja). In der Romandie ist teilweise auch das wirtschaftsnahe Baugewerbe gegen die Abschaffung des Eigenmietwertes, der auch tiefer festgelegt wird. Beim Geschlecht zeigt sich auch ein Unterschied in der Stimmabsicht: Frauen beurteilen die Abschaffung des Eigenmietwertes kritischer als Männer (51 Prozent versus 57 Prozent Ja).

Die Befürwortenden überzeugt mit Abstand am meisten das Kernargument, wonach es sich beim Eigenmietwert um eine ungerechte Besteuerung eines fiktiven Einkommens handle, das gar nicht existiere (75 Prozent der Befürwortenden). Für die Gegnerschaft stehen drei Argumente im Zentrum: Erstens drohten Umsatzeinbussen für das Baugewerbe oder vermehrt Schwarzarbeit, wenn der Wegfall der Abzüge für den Liegenschaftsunterhalt Investitionen in Immobilien unattraktiver mache (36 Prozent der Gegnerschaft). Zweitens verstärke sich die steuerliche Bevorteilung der Personen mit Wohneigentum gegenüber den Mietenden (25 Prozent). Und drittens wird befürchtet, dass die Abschaffung des Eigenmietwerts beim aktuellen Zinsniveau zu Einnahmeausfällen führe (22 Prozent).

Ja-Lager bleibt vorne: Wenig Bewegung beim E-ID-Gesetz

Das E-ID-Gesetz findet bei den Anhängerschaften von GPS, SP, GLP, Mitte und FDP weiterhin eine deutliche Mehrheit, wobei die Unterstützung bei den Wählenden der GLP am grössten ist (79 Prozent Ja). Einzig die SVP-Basis spricht sich mit einem Nein-Anteil von 70 Prozent klar gegen die Vorlage aus. Das parteipolitische Konfliktmuster «SVP gegen den Rest» hat sich in dieser Vorlage gegenüber der letzten Umfrage nochmals akzentuiert.

Das E-ID-Gesetz findet bei Befragten mit obligatorischem Schulabschluss und mit einer Berufslehre/Handelsdiplom keine Mehrheit (40 Prozent bzw. 47 Prozent Ja). Auch Personen mit geringem Einkommen lehnen die Vorlage mehrheitlich ab. Auffällig ist zudem der Unterschied zwischen den Geschlechtern: Während eine Mehrheit von 61 Prozent der Männer dem E-ID-Gesetz zustimmen, liegt der Ja-Anteil bei den Frauen nur bei 48 Prozent.

Die Befürwortenden und die Gegnerschaft nennen mehrere Gründe als wichtigstes Abstimmungsmotiv. Am meisten überzeugt die Befürwortenden die Sichtweise, wonach die E-ID Zeit und Aufwand spare, da nicht mehr für jeden Dienst ein separates Login benötigt werde (31 Prozent). Das am stärksten genannte Argument der Gegnerschaft ist, dass eine E-ID-Infrastruktur ein attraktives Ziel für Cyberangriffe und Datenklau sei (34 Prozent).

Beteiligte Medien

Deutschschweiz: 20 Minuten, BZ Berner Zeitung, Der Bund, Tages-Anzeiger, Basler Zeitung, SonntagsZeitung und ZRZ Zürcher Regionalzeitungen;
Romandie: 20 minutes, 24 heures, Tribune de Genève, lematin.ch und Le Matin Dimanche;
Tessin: 20 minuti

Kontakt

Franziska Lurk, Kommunikation Tamedia
franziska.lurk@tamedia.ch

Über die 20 Minuten Gruppe

Ende 1999 für eine junge und urbane Zielgruppe lanciert, hat sich die Pendlerzeitung 20 Minuten zur reichweitenstärksten Schweizer Medienmarke mit Präsenz in der Deutschschweiz, der Westschweiz und im Tessin entwickelt. News aus der Schweiz und der Welt, Unterhaltung und Inspiration: 20 Minuten erzählt Geschichten, die für Gesprächsstoff sorgen. Der Journalismus von 20 Minuten ist verlässlich, kompakt, verantwortungsvoll, neutral und kostenlos überall verfügbar. Auf den digitalen Kanälen sowie auf Social Media bietet 20 Minuten eine breite Palette multimedialer Inhalte.

Die 20 Minuten Gruppe ist Teil der TX Group und umfasst die News-Medien 20 Minuten, 20 minutes, 20 minuti und lematin.ch, das Digitalradio GOAT Radio sowie die Beteiligung L'essentiel in Luxemburg.

www.20minuten.ch

Über Tamedia

Tamedia geht auf den 1893 gegründeten Tages-Anzeiger zurück. Heute beschäftigt das nationale Medienhaus 1.300 Mitarbeitende in der Deutschschweiz und der Romandie und umfasst das führende Redaktionsnetzwerk. Die Tages- und Wochenzeitungen, Zeitschriften und Newsplattformen von Tamedia sind lokal verankert und international vernetzt. Sie schaffen Öffentlichkeit und bieten Orientierung sowie Unterhaltung. Zu den namhaften Medienmarken von Tamedia zählen unter anderem 24 heures, Basler Zeitung, Bilan, BZ Berner Zeitung, Das Magazin, Der Bund, Finanz und Wirtschaft, Le Matin Dimanche, Schweizer Familie, SonntagsZeitung, Tages-Anzeiger, Tribune de Genève sowie die Zürcher Regionalzeitungen (ZRZ). Darüber hinaus gehören drei Zeitungsdruckereien zum Portfolio. Tamedia ist ein Unternehmen der TX Group. www.tamedia.ch